

GENERALPLANERVERTRAG

zwischen

Kreis Lippe, vertreten durch den Eigenbetrieb Schulen Kreis Lippe, vertreten durch die
Betriebsleitung Frau Karen Zereike, Felix-Fechenbach-Straße 5, 32756 Detmold

nachfolgend „Auftraggeber“,

und

XX

nachfolgend „Auftragnehmer“

INHALTSVERZEICHNIS

PRÄAMBEL.....	4
§ 1 Vertragsgegenstand	5
§ 2 Vertragsbestandteile/Grundlagen	5
§ 3 Stufenweise Beauftragung.....	6
§ 4 Vertragsleistungen	7
§ 5 Ansprechpartner Planung.....	10
§ 6 Leistungen durch andere fachlich Beteiligte	11
§ 7 Abstimmungs-, Koordinierungs- und Auskunftspflicht des Auftragnehmers.....	11
§ 8 Termine und Fristen	12
§ 9 Kostenobergrenze	13
§ 10 Vergütung	13
§ 11 Kündigung	15
§ 12 Abnahme und Verjährungsbeginn für Mängelansprüche	16
§ 13 Mängelansprüche und -rechte des Auftraggebers	16
§ 14 Herausgabeanspruch des Auftraggebers	17
§ 15 Urheberrechte.....	18
§ 16 Dokumentationspflicht / Besprechungstermine	18
§ 17 Haftpflichtversicherung	19
§ 18 Geheimhaltungsklausel	19
§ 19 Datenschutz	20
§ 20 Schriftformerfordernis.....	20
§ 21 Gerichtsstandvereinbarung.....	21
§ 23 Salvatorische Klausel	21

*** §§ ohne Gesetzesangabe beziehen sich auf Regelungen dieses Vertrages.**

**** Der besseren Lesbarkeit wegen und zur Sicherstellung eines eindeutigen Verständnisses von juristischen Regelungen wird in diesem Dokument das generische Maskulinum als allgemeiner Oberbegriff verwendet. Die Verwendung erfolgt diskriminierungsfrei und bezieht alle Personen unabhängig von ihrer Geschlechtszugehörigkeit mit ein.**

A.6 – Generalplanervertrag

Generalplanerleistungen für die Werkhalle Lemgo des Beruflichen Innovationscentrums Technik

***** Wenn in diesem Vertrag von Werktagen die Rede ist, sind die Tage Montag bis Samstag ohne gesetzliche Feiertage gemeint, bei allen anderen Tagesbezeichnungen handelt es sich um Kalendertage.**

PRÄAMBEL

Der Auftraggeber plant, auf einem Gelände des Kreises Lippe in Detmold eine neue Werkhalle für das Berufliche Innovationszentrum Technik (BIC Technik) als Teil des Handwerksbildungszentrums Lemgo zu errichten. Durch die neu zu errichtende Werkhalle sollen mit dem bereits auf dieser Grundstücksfläche vorhandenen Gebäudeteil A des Handwerksbildungszentrums sowie dem Gebäude des bisherigen Hanse-Berufskollegs die technischen Fachbereiche der beteiligten Berufskollegs mit dem Profil „Technologie und Produktion“ zusammengeführt werden.

Der Auftraggeber benötigt für die Realisierung des Vorbereitungs-, Planungs- und Umsetzungsprozesses seines Vorhabens die Unterstützung durch einen Generalplaner.

Die erforderlichen Generalplanerleistungen für die Realisierung des Neubauprojektes wurden in einem Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV vergeben.

Der Zuschlag wurde am **XX** auf das Angebot des Auftragnehmers erteilt.

Dies vorausgeschickt schließen die Parteien den nachfolgenden Vertrag, der der schriftlichen Fixierung und urkundlichen Dokumentation der beauftragten Vertragsinhalte dient.

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Vertragsgegenstand ist die umfassende Erbringung und die Gesamtverantwortung für sämtliche erforderlichen Planungs- und Ingenieurleistungen sowie Beratungsleistungen als Generalplaner für den Neubau einer Werkhalle des Beruflichen Innovationscentrums Technik unter Integration der bestehenden Halle des Kunststoffzentrums (im Folgenden: Vertragsobjekt) und aller damit im Zusammenhang stehenden Fachplanungsleistungen ab der Leistungsphase 3 unter Berücksichtigung des vom Auftraggebers erstellten Vorentwurfes und des Raumkonzeptes.
- (2) Der Auftragnehmer hat den gesamten Planungsprozess gesamtverantwortlich zu erbringen und alle Leistungsphasen der HOAI-Grundleistungen für die übertragenden Leistungen zu erbringen.

§ 2 Vertragsbestandteile/Grundlagen

- (1) Art und Umfang der beiderseitigen Leistungen werden durch diesen Vertrag bestimmt. Für den Vertrag gelten die nachfolgend aufgelisteten Unterlagen als Vertragsbestandteile:
 - die Bestimmungen dieses Vertrages,
 - die Leistungsbeschreibungen und Preisblätter Generalplanung (Anlage 1),
 - die Leistungsbilder gem. HOAI 2021,
 - Liste benannter Nachunternehmer (Anlage 3),
 - das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVGG NRW).

Bei Widersprüchen geht die höherrangige Bestimmung der nachrangigen vor. Ein Widerspruch liegt jedoch nicht vor, wenn und soweit die höherrangige Bestimmung lediglich allgemeine Vorgaben für die zu erbringenden Leistungen enthält, die durch die nachrangige Regelung konkretisiert werden. Im Zweifelsfall hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber den aus seiner Sicht bestehenden Widerspruch zur Entscheidung vorzulegen, wobei der Auftraggeber eine Entscheidung nach billigem Ermessen trifft.

§ 3 Stufenweise Beauftragung

- (1) Die Generalplanungsleistungen gem. den Leistungsphasen 2 – 9 der HOAI 2021 werden stufenweise beauftragt:
 - 1. Stufe: Leistungsphasen 2 bis 4 (Vorplanung und Genehmigungsplanung)
 - 2. Stufe: Leistungsphasen 5 bis 8 (Ausführungsplanung, Vorbereitung und Mitwirkung der Vergabe, Objekt-/Bauüberwachung)
 - 3. Stufe: Leistungsphase 9 (Objektbetreuung)
- (2) Mit Abschluss dieses Vertrages wird der Auftragnehmer zunächst nur mit den Leistungen der Leistungsphasen 2 bis 4 beauftragt (Stufe 1) und zwar jeweils gemäß den Vorgaben der Leistungsbeschreibung sowie den einschlägigen Bestimmungen zu den Leistungsbildern der HOAI 2021.
- (3) Dem Auftraggeber bleibt die stufenweise Weiterbeauftragung des Auftragnehmers mit den Leistungen der folgenden weiteren Beauftragungstufen vorbehalten. Ein Rechtsanspruch des Auftragnehmers auf Übertragung dieser weiteren Leistungen besteht nicht.
- (4) Die Weiterbeauftragung von Leistungen erfolgt einzig und allein durch eine schriftliche Mitteilung des Auftraggebers an den Auftragnehmer. Die in diesem Vertrag und seinen Bestandteilen enthaltenen Vertragsregelungen gelten dann gleichermaßen auch für die weiteren dem Auftragnehmer übertragenen Leistungen. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber zur Vermeidung von Störungen im Planungsablauf rechtzeitig auf die Notwendigkeit des Anschlussabrufs der weiteren Projektstufe hinzuweisen.
- (5) Der Auftragnehmer hat die vom Auftraggeber durch eine wirksame Weiterbeauftragung beauftragten weiteren Leistungen nur dann auszuführen, wenn ihm die schriftliche Erklärung des Auftraggebers über die Weiterbeauftragung innerhalb von drei Monaten nach der Fertigstellung aller zuvor beauftragten Leistungen zugeht. Der Auftragnehmer hat den Fertigstellungszeitpunkt der zuvor beauftragten Leistungen schriftlich nachzuweisen und den Zeitpunkt des Zugangs der Weiterbeauftragung anzugeben; macht der Auftraggeber einen abweichenden Zugangszeitpunkt geltend, so hat er diesen nachzuweisen.

- (6) Geht dem Auftragnehmer eine Weiterbeauftragungserklärung gemäß Absatz 4 erst nach Ablauf der Dreimonatsfrist aus Abs. 5 zu und will er die Weiterbeauftragung ablehnen, so muss er dies dem Auftraggeber innerhalb eines Monats nach Zugang der Weiterbeauftragung schriftlich mitteilen (Absageerklärung); der Auftragnehmer kann eine (vorsorgliche) Absageerklärung auch bereits vor Erhalt einer Weiterbeauftragung erklären. Für die Wahrung der Dreimonatsfrist nach S. 1 ist der Zugang der Absageerklärung beim Auftraggeber ausschlaggebend. Im Streitfall hat der Auftraggeber den Zeitpunkt des Zugangs der Absageerklärung anzugeben; macht der Auftragnehmer einen abweichenden Zugangszeitpunkt geltend, so hat er diesen nachzuweisen. Unterlässt der Auftragnehmer eine fristgerechte Absageerklärung, gilt die Weiterbeauftragung als von ihm angenommen, es sei denn seit Fertigstellung aller zuvor beauftragten Leistungen ist mehr als ein Jahr vergangen.
- (7) Aus der stufenweisen Beauftragung kann der Auftragnehmer keinen Anspruch auf Erhöhung des Honorars oder auf Schadensersatz ableiten.
- (8) Bei vorzeitiger Beendigung des Vertrags oder Nichtbeauftragung von weiteren Beauftragungsstufen sind die bis dahin erbrachten Leistungen, insbesondere die angefertigten und jeweils aktualisierten Zeichnungen und Pläne dem Auftraggeber zu übergeben. Art und Umfang der zu übergebenden Unterlagen richten sich nach den vertraglichen Bestimmungen.

§ 4 Vertragsleistungen

- (1) Der Auftragnehmer hat den umfassenden Generalplanungsprozess für den Neubau des Vertragsobjektes und aller damit im Zusammenhang stehenden Leistungen gemäß der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) und gemäß den Leistungsbildern der HOAI 2021 und der einschlägigen AHOs sicherzustellen (z.B. AHO Nr. 17, Leistungen für den bauordnungsrechtlichen Brandschutz, Nr. 28, Fachingenieurleistungen für die Fassadentechnik usw.). Die Gesamtkoordination des Planungsprozesses ist zu gewährleisten.
- (2) Der Auftragnehmer schuldet dem Auftraggeber sämtliche zur mangelfreien und funktionsgerechten Herstellung der unter § 1 aufgeführten Maßnahme erforderlichen

Planungsleistungen einschließlich der in § 1 Abs. 3 bezeichneten weiteren Leistungen. Dabei ist es unerheblich, welchem Leistungsbild gemäß HOAI die erforderlichen Planungsleistungen zuzuordnen sind; dem Auftragnehmer obliegt also die Aufgabe eines Generalplaners. Maßgeblich ist der werkvertragliche Planungserfolg, nämlich die Realisierung des Vertragsobjektes.

(3) Die Generalplanungsleistungen sind gem. der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) umfassend zu erbringen und beinhalten insbesondere:

- Objektplanung Gebäude und Innenräume
- Planung technische Gebäudeausrüstung (Heizung, Lüftung, Sanitär, Elektro)
- Tragwerksplanung
- Beratungsleistungen Brandschutz gemäß AHO
- Beratungsleistungen Bauphysik
 - o Wärmeschutz/Energieeffizienzplanung/Passivhaus
 - o Lüftungskonzept
 - o Thermodynamische Simulation
 - o Schallschutz und Akustik
- Planungsleistungen Medientechnik
- Fachplanungsleistungen Fassade gemäß AHO
- Freianlagenplanung
- SiGeKO gemäß Baustellenverordnung
- Beratung Nachhaltigkeit
 - o Erstellung eines ganzheitlichen Nachhaltigkeitskonzepts unter Berücksichtigung der Zirkularökonomie und der Klimafolgenanpassungsmaßnahmen
 - o Methodische Anwendung von LCCA und LCA

Die vom Auftragnehmer nach diesem Vertrag zu erbringenden und der vereinbarten Beschaffenheitsvorgaben entsprechender Leistungen umfassen alle zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung erforderlichen bürospezifischen Architekten- und Fachingenieurleistungen, Tätigkeiten und Aufgaben. Maßstab für den Leistungsumfang ist, der vom Auftragnehmer geschuldete werkvertragliche Leistungserfolg, der durch diesen Vertrag und seine Anlagen definiert wird. Der Auftragnehmer schuldet daher auch

Leistungen, die in diesem Vertrag und seinen Anlagen nicht ausdrücklich aufgeführt sind, die aber erforderlich sind, um den Werkerfolg sicherzustellen.

- (4) Die gem. § 1 Abs. 3 zu koordinierende und zu steuernden Neubaumaßnahme umfasst insbesondere die fachliche Koordinierung sowie die terminliche und kostenplanende Steuerung aller Einzelleistungen zu den für die Planung relevanten Leistungsbildern bzw. Beratungsleistungen und die Gewährleistung eines einheitlichen Informationsmanagements für den gesamten Planungs- und Vergabeprozess gegenüber dem Auftraggeber. Der Auftragnehmer schuldet damit – über die Summe der ihm übertragenen einzelnen Planungsleistungen hinaus – die Vorlage eines integrierten und schlüssig aufeinander abgestimmten Planungswerkes.
- (5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf schriftliche Anordnung des Auftraggebers einzelne Grundleistungen oder Besondere Leistungen in einer früheren als in der jeweiligen Leistungsphase zu erbringen. Die hierfür geschuldeten Honorare werden auf das Gesamthonorar bei Übertragung weiterer Leistungen angerechnet.
- (6) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistungen nach den allgemeinen anerkannten Regeln der Technik sowie nach den für die in § 1 genannten Maßnahmen gültigen Bestimmungen und gesetzlichen Vorschriften unter Beachtung der Anregungen und Forderungen des Auftraggebers nach dem Grundsatz der Zweckmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit zu erbringen. Dabei sind insbesondere auch die Nutzungs- und sonstigen Folgekosten des Bauwerks zu berücksichtigen. Der Auftragnehmer hat so vorausschauend zu planen, dass das Bauwerk im Zeitpunkt der abnahmereifen Fertigstellung den dann voraussichtlich geltenden anerkannten Regeln der Technik entspricht.
- (7) Der Auftragnehmer hat das Interesse des Auftraggebers an einer wirtschaftlichen und sparsamen Ausführung der ihm übertragenen Leistungen zu wahren, alle Maßnahmen zur Abwendung von Schäden und Nachteilen für den Auftraggeber einzuleiten und eine wirtschaftliche, zweckmäßige Lösung zu erbringen.
- (8) Er hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob seiner Planung öffentlich-rechtliche Hindernisse oder andere Bedenken entgegenstehen. Sämtliche Unterlagen und Berechnungen sind dem Auftraggeber so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Auftraggeber eine Abwägung aller Aspekte

und eine abschließende Entscheidung ermöglicht werden, ohne dass der Baufortschritt verzögert wird.

- (9) Der Auftragnehmer hat die von ihm gefertigten Unterlagen als Verfasser zu unterschreiben und übernimmt damit die Verantwortung für den Inhalt. Die Zustimmung (Freigabe) des Auftraggebers – egal ob schriftlich, mündlich oder konkludent erklärt – zu den Unterlagen entbindet den Auftragnehmer nicht von seiner Verantwortung. Auch begründet die Freigabeerklärung bei Mängeln am Bauwerk keine Haftung oder ein Mitverschulden des Auftraggebers.
- (10) Der Auftragnehmer hat die Leistungen zu jeder beauftragten Leistungsphase zügig und ohne Unterbrechungen auszuführen. Sollte der Auftragnehmer in der Leistungsausführung behindert sein, sind dem Auftraggeber die hindernden Umstände und deren Auswirkungen auf die zeitliche Ausführung der Leistung unverzüglich schriftlich und unter Angabe der Gründe darzulegen.

§ 5 Ansprechpartner Planung

- (1) Der Auftragnehmer ist als Generalplaner verantwortlicher Ansprechpartner für den Auftraggeber. Er koordiniert alle am Projekt beteiligten Fachleute und ausführenden Firmen.
- (2) Der Auftragnehmer hat seine Leistung grundsätzlich im eigenen Unternehmen zu erbringen. Die in der „Liste benannter Nachunternehmer“ (Anlage 3) genannten Unternehmen werden vom Auftragnehmer als Nachunternehmer für die Erbringung der Gesamtleistung beauftragt. Weiter Nachunternehmer dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers in die Vertragserfüllung mit einbezogen werden. Der Auftragnehmer sichert zu, dass die von ihm bezeichneten Personen während der gesamten Projektdauer für das Projekt zur Verfügung stehen und tätig sind. Die benannten Mitarbeiter dürfen nur mit Zustimmung des Auftraggebers ausgewechselt werden, es sei denn, sie sind nicht mehr beim Auftragnehmer tätig.
- (3) Der Auftragnehmer benennt für die Dauer des Projekts:

- Als Projektleitung: XX
- Als Stellvertretung: XX

§ 6 Leistungen durch andere fachlich Beteiligte

Soweit zusätzliche Leistungen, die nicht Vertragsinhalt sind, ausnahmsweise durch andere fachlich Beteiligte (z.B. Sonderfachleute) erbracht werden sollen, erteilt der Auftraggeber die Aufträge hierzu. Es soll nach Möglichkeit eine Abstimmung zur Auswahl der Sonderfachleute mit dem Auftragnehmer erfolgen. Sofern der Einsatz von Sonderfachleuten zur Erfüllung der eigenen Leistungsverpflichtungen des Auftragnehmers notwendig ist, erfolgt die Beauftragung auf seine Kosten.

§ 7 Abstimmungs-, Koordinierungs- und Auskunftspflicht des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer hat seine Leistungen während des gesamten Planungs- und Ausführungsprozesses zu koordinieren, entsprechend den Zielvorgaben des Auftraggebers zu erbringen, mit dem Auftraggeber abzustimmen und diesem über den Leistungs- und Planstand Auskunft zu erteilen. Die Arbeitsergebnisse jeder Leistungsphase sind dem Auftraggeber vorzustellen und auf dessen Anordnung hin abzuändern. Bedenken gegen entsprechende Änderungsanordnungen muss der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitteilen und Alternativen vorschlagen. Verursacht der Auftragnehmer durch die Ausführung von Änderungsanordnungen des Auftraggebers einen Schaden, so kann er sich auf ein diesbezügliches Mitverschulden des Auftraggebers nur berufen, wenn er Bedenken gegen diese Änderungsanordnung dem Auftraggeber rechtzeitig schriftlich mitgeteilt hat.
- (2) Der Auftragnehmer hat seine Leistungen mit denen der Sonderfachleute abzustimmen, den Sonderfachleuten im erforderlichen Umfang Auskunft zu erteilen und Einblick in die Planungsunterlagen zu gewähren, die Leistungen der Sonderfachleute zu koordinieren sowie die Arbeitsergebnisse der Sonderfachleute zu überprüfen, zusammenzufassen und an den Auftraggeber weiterzuleiten.

- (3) Dem Auftragnehmer obliegt die alleinige und umfassende Abstimmungs-, Steuerungs- und Koordinationspflicht mit allen eventuellen Sonderfachleuten. Über sämtliche kostenrelevante Maßnahmen aus den Fachgebieten der Sonderfachleute hat sich der Auftragnehmer selbst zu informieren, sodass gewährleistet ist, dass dem Auftragnehmer zu jeder Zeit alle zur Kostenkontrolle erforderlichen Informationen und Unterlagen vorliegen. Sämtliche kostenrelevanten Maßnahmen sind unverzüglich an den Auftraggeber weiterzuleiten.

§ 8 Termine und Fristen

- (1) Der Auftragnehmer hat mit den durch ihn geschuldeten Planungsleistungen unmittelbar nach Unterzeichnung dieses Vertrages zu beginnen. Er hat die vertraglich geschuldete Leistung so rechtzeitig zu erbringen, dass der geplante Projektablauf nicht gefährdet wird. Die vom Auftragnehmer einzuhaltenden terminlichen Projektziele richten sich nach dem noch zu erstellenden und mit dem Auftraggeber abzustimmenden Rahmenterminplan. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf Basis des Rahmenterminplans, Detailterminpläne, insbesondere für die Planungs- und Überwachungsleistungen, die Vergabeprozesse zu erstellen.
- (2) Er hat seine Leistungen in jeder Leistungsphase zügig und ohne Unterbrechungen zu erbringen sowie im Rahmen seiner Planung auch auf eine entsprechend zügige und unterbrechungsfreie Leistungserbringung bzw. Mitwirkung der übrigen am Projekt Beteiligten – einschließlich des Auftraggebers – hinzuwirken.
- (3) Die Vertragsparteien vereinbaren folgende Vertragstermine:
- Projektstart: Q3 2026
 - Erstellung Entwurfsplanung und Genehmigungsplanung sowie Einreichung Bauantrag: Q2 2027
 - Fertigstellung Funktionale Leistungsbeschreibung/Werkplanung: Q4 2027
 - Beginn Ausschreibung GU-Vergabe Bauleistungen: Q4 2027
 - Fertigstellung/Abnahme des Vertragsobjekts: Q4 2029

§ 9 Kostenobergrenze

- (1) Die Parteien werden nach Erbringung der Leistungsphase 3 und der durch den Auftragnehmer zu erbringenden Kostenberechnung gemeinsam eine Kostenobergrenze festlegen, die sämtliche Kosten der Kostengruppen 200 bis 700 nach DIN 276 in der gemäß § 10 Abs. 1 vereinbarten Fassung umfasst.
- (2) Der Auftragnehmer hat auf die Einhaltung der gemäß Absatz 1 festgelegten Baukostenobergrenze mit höchstmöglicher, von einem Planer zu erwartender Sorgfalt in seiner Funktion als Sachwalter des Auftraggebers hinzuwirken. Ist eine Kostenüberschreitung vor oder während der Bauphase für den Auftragnehmer erkennbar und nicht abwendbar, hat er diese dem Auftraggeber unter Angabe der Gründe unverzüglich schriftlich anzuzeigen und wirtschaftlich sinnvolle Einsparmöglichkeiten (nach Möglichkeit mindestens zwei Varianten) unter größtmöglicher Beibehaltung der durch den Auftraggeber vorgegebenen Qualitätsstandards zu ermitteln und dem Auftraggeber schriftlich vorzuschlagen. Der Auftragnehmer hat zur Ermittlung der Einspar- und Kostensenkungsmaßnahmen sämtliche am Projekt Beteiligten einzubeziehen, insbesondere eventuell beauftragte Sonderfachleute gemäß § 6 dieses Vertrages. Die Verpflichtung zur Unterbreitung der Einsparmöglichkeiten begründet keinen Anspruch auf Zahlung eines zusätzlichen Honorars und ist mit dem Gesamthonorar abgegolten.

§ 10 Vergütung

- (1) Die Vergütung der vereinbarten Grundleistungen gemäß Preisblatt erfolgt auf Basis der anrechenbaren Kosten gemäß der zwischen den Vertragsparteien abgestimmten Kostenberechnung gemäß DIN 276 in der Fassung von Dezember 2018 (DIN 276 – 1:2018-12).
- (2) Ändert sich der beauftragte Leistungsumfang auf Veranlassung des Auftraggebers während der Laufzeit des Vertrags mit der Folge von Änderungen der anrechenbaren Kosten, sind die Vertragsparteien verpflichtet, durch schriftliche Vereinbarung eine Honoraranpassung vorzunehmen.

- (3) Die im Preisblatt vorgegebenen Honorarparameter (Honorarzone, Zu-/Abschläge) gelten verbindlich für den Vergütungsanspruch der Grundleistungen.

- (4) Für die Besonderen Leistungen haben die Vertragsparteien einen Pauschal festpreis von

xx € (netto)

zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer vereinbart.

- (5) Die Vertragsparteien sind sich einig, dass die auf Grundlage der Kostenberechnung ermittelten anrechenbaren Kosten keine Auswirkungen auf die vereinbarten Pauschal festpreise haben.

- (6) Der Auftragnehmer kann Abschlagszahlungen des vereinbarten Pauschalhonorars unter Darlegung der erbrachten Leistungen verlangen. Sämtliche Nebenkosten wie z.B. Fotokopien, Lichtpausen, Post- und Fernmeldegebühren und sonstige Nebenkosten im Sinne von § 14 Abs. 3 HOAI werden mit der im Preisblatt angebotenen Nebenkostenpauschale abgegolten.

- (7) Für weitere, nicht vereinbarte Leistungen können nach vorheriger Beauftragung folgende Stunden-/Tagessätze abgerechnet werden:

	Stundensatz
Geschäftsführer / Partner	xx € (netto)
Projektleiter / Stellvertretender Projektleiter	xx € (netto)
Architekt/Fachingenieur	xx € (netto)
Sonstiger Projektmitarbeiter	xx € (netto)

- (8) Die Schlusszahlung des Auftraggebers erfolgt 30 Kalendertage nach Abnahme der Vertragsleistungen und Vorlage einer prüffähigen Schlussrechnung. In der Schlussrechnung sind die Abschlagszahlungen zu berücksichtigen.
- (9) Sollte sich der Umfang der beauftragten Leistungen, z.B. durch ergänzende Leistungen, ändern, steht dem Auftragnehmer ein weiteres Honorar nur dann zu, wenn die Parteien hierüber eine schriftliche Vereinbarung vor deren Ausführung treffen. Die Abrechnung dieser Leistungen erfolgt nach tatsächlichem Aufwand auf Grundlage der vorstehend in Abs. 5 vereinbarten Stundensätze. Die Erforderlichkeit dieser Leistungen ist dem Auftraggeber jedoch in jedem Fall vor deren Ausführung unter Angabe der Gründe schriftlich anzuzeigen.
- (10) Die Zahlungen sind innerhalb von 2 Wochen nach Eingang der schriftlichen Zahlungsaufforderung auf das Konto:

IBAN: xx

BIC: xx

Kreditinstitut: xx

auszugleichen. Die Zahlungsaufforderung muss eine prüfbare Aufstellung der nachzuweisenden Leistungen und eine entsprechende Bepreisung enthalten.

§ 11 Kündigung

- (1) Dieser Vertrag kann vom Auftraggeber und Auftragnehmer aus wichtigem Grund gekündigt werden (§ 648 a BGB). Das Recht des Auftraggebers zur freien Vertragskündigung (§ 648 BGB) bleibt daneben unberührt. Die Kündigung bedarf stets der Schriftform (§ 650 h BGB).
- (2) Im Fall der Kündigung einer Vertragspartei aus wichtigem Grund ist der Auftragnehmer nur berechtigt, die Vergütung zu verlangen, die auf den bis zur Kündigung erbrachten Teil des Werkes entfällt. Für den Auftraggeber unbrauchbare (Teil-) Leistungen des Auftragnehmers kann der Auftragnehmer keine Vergütung verlangen. § 648 a Abs. 6 BGB bleibt unberührt.

- (3) Im Falle einer Kündigung des Auftraggebers ohne wichtigen Grund vereinbaren die Vertragsparteien gemäß § 648 S. 3 BGB, dass der Vergütungsanspruch des Auftragnehmers max. 5 % der auf den noch nicht erbrachten Teil der Werkleistung entfallenden vereinbarten Vergütung entspricht.

§ 12 Abnahme und Verjährungsbeginn für Mängelansprüche

- (1) Die Abnahme erfolgt nach vertragsgerechter, vollständiger und mangelfreier Erfüllung der jeweils beauftragten Leistungen und Leistungsphasen.
- (2) Hat der Auftraggeber im Fall einer stufenweisen Beauftragung gem. § 5 dieses Vertrages dem Auftragnehmer im Zeitpunkt der Erfüllung aller Leistungen aus den bisher übertragenen Beauftragungsstufen noch keine weitere Beauftragungsstufe übertragen, so kann der Auftragnehmer eine Abnahme nach Abs. 1 erst verlangen, wenn er den Auftraggeber nach Erfüllung der bisher beauftragten Leistungen schriftlich um Mitteilung gebeten hat, ob eine Weiterbeauftragung vorgesehen ist, und wenn der Auftraggeber diese Weiterbeauftragung nicht innerhalb von zwei Wochen nach Zugang des entsprechenden Schreibens schriftlich gegenüber dem Auftragnehmer erklärt hat.
- (3) Jede Abnahme und Teilabnahme bedarf einer schriftlichen Erklärung des Auftraggebers (förmliche Abnahme). Konkludente oder fiktive Abnahmeformen sind ausgeschlossen.
- (4) Die Verjährungsfrist für sämtliche Ansprüche und Rechte des Auftraggebers wegen Mängeln der Leistungen des Auftragnehmers nach diesem Vertrag beginnt mit der Abnahme der mangelfreien Leistung.

§ 13 Mängelansprüche und -rechte des Auftraggebers

- (1) Dem Auftraggeber stehen bei mangelhaften Leistungen des Auftragnehmers die Mängelansprüche gemäß §§ 634 ff. BGB zu.

- (2) Leistungen des Auftragnehmers, die schon vor Abnahme als mangelhaft oder vertragswidrig erkannt werden, hat der Auftragnehmer unverzüglich durch mangelfreie zu ersetzen. Kommt der Auftragnehmer der Pflicht zur Beseitigung des Mangels nicht nach, kann der Auftraggeber ihm eine angemessene Frist zur Beseitigung des Mangels setzen und nach dem Ablauf der Frist den Vertrag außerordentlich kündigen. Dem Auftraggeber stehen die Mängelansprüche und Mängelrechte der §§ 634 ff. BGB auch vor der Abnahme zu; dies gilt auch dann, wenn es sich nicht um einen schwerwiegenden Mangel handelt.
- (3) Die in Absatz 1 und 2 genannten Mängelansprüche und Mängelrechte verjähren in 5 Jahren. Der Beginn der Verjährungsfrist richtet sich nach § 12 dieses Vertrages.

§ 14 Herausgabeanspruch des Auftraggebers

- (1) Die vom Auftragnehmer zur Erfüllung dieses Vertrages gefertigten und beschafften sowie die ihm überlassenen Unterlagen sind dem Auftraggeber auf Anforderung spätestens nach Erfüllung des Vertrages auszuhändigen und werden dessen Eigentum. Dies gilt entsprechend im Falle einer vorzeitigen Beendigung dieses Vertrages sowie im Falle einer unterbleibenden Weiterbeauftragung gemäß § 5 dieses Vertrages. Die Unterlagen sind dem Auftraggeber einmal in Papierform (Aktenordner) und in Dateiform zu übergeben.
- (2) Hierzu gehören einwandfreie Unterlagen von sämtlichen der Ausführung tatsächlich entsprechenden Zeichnungen und Berechnungen ebenso wie digitalisierte Unterlagen; Letztere hat der Auftragnehmer sowohl im Format DWG als auch im Format DXF zur Verfügung zu stellen. Eine besondere Vergütung erfolgt dafür nicht. Zurückbehaltungsrechte des Auftragnehmers gegenüber diesem Herausgabeanspruch sind ausgeschlossen, es sei denn sie gründen auf dem Grunde und der Höhe nach unstrittige oder rechtskräftig festgestellte Ansprüche aus diesem Vertrag.
- (3) Der Auftragnehmer hat die Unterlagen auch bei Streit über die Höhe des noch ausstehenden Honorars unverzüglich an den Auftraggeber herauszugeben.

§ 15 Urheberrechte

- (1) Dem Auftragnehmer verbleibt ein etwaiges Urheberrecht an den von ihm erbrachten Leistungen. Soweit an den Planungen/Unterlagen Urheberrechte bestehen, erteilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber unter Berücksichtigung des Urheberpersönlichkeitsrechts hiermit das uneingeschränkte räumliche (grundstücksbezogene), dauerhafte, unwiderrufliche und ausschließliche Nutzungsrecht (im Folgenden als „Ausübungsbefugnis“ bezeichnet) an dem vorbezeichneten Werk.
- (2) Die Einräumung der Ausübungsbefugnis ist mit dem an den Auftragnehmer gezahlten Honorar abgegolten, und zwar auch bei unterbleibender Beauftragung mit weiteren Beauftragungsstufen gem. § 5 dieses Vertrages. Der Auftraggeber ist befugt, das Werk sowohl bei späteren Um- und Erweiterungsbauten zu nutzen als auch Änderungen an dem Werk ohne Zustimmung und/oder Mitwirkung des Auftragnehmers vorzunehmen oder vornehmen zu lassen. Dasselbe gilt für die Vollendung des Bauwerks im Falle der vorzeitigen Beendigung dieses Vertrages bzw. im Falle der Nichtvergabe sämtlicher in § 4 ausgeführten Leistungen und/oder der Beauftragung weiterer Leistungen die nur einen Leistungsteil betreffen.
- (3) Der Auftragnehmer hat die Einräumung der vorstehenden urheberrechtlichen Ausübungsbefugnis auch dann uneingeschränkt sicherzustellen, wenn das Werk von einem angestellten/freien Mitarbeiter des Auftragnehmers erbracht wird.
- (4) Für jeden Fall der vorzeitigen Beendigung dieses Vertrages bzw. der nicht vollständigen Beauftragung mit allen in § 4 genannten Leistungen gelten die vorstehenden Regelungen entsprechend.

§ 16 Dokumentationspflicht / Besprechungstermine

- (1) Die vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen sind laufend zu dokumentieren und dem Auftraggeber auf Verlangen schriftlich vorzulegen.

- (2) Der Auftragnehmer organisiert regelmäßig entsprechend dem aktuellen Stand des Projektes - insbesondere wenn der Projektstand dies erfordert – Projektbesprechungen mit dem Auftraggeber unter Hinzuziehung weiterer ggf. erforderlicher Projektbeteiligter. Dem Auftraggeber sind die am Besprechungstermin teilnehmenden Projektbeteiligten sowie die zu erörternden Themen rechtzeitig, spätestens jedoch 2 Werktage vor dem anberaumten Termin, mitzuteilen. Der Auftragnehmer protokolliert die Projektbesprechungen und pflegt die Protokolle in die Projektdokumentation ein. Die Projektbesprechungen haben mindestens monatlich zu erfolgen.

§ 17 Haftpflichtversicherung

- (1) Zur Sicherung etwaiger Ansprüche aus diesem Vertrag hat der Auftragnehmer unverzüglich nach Vertragsabschluss eine Berufshaftpflichtversicherung und eine Haftpflichtversicherung mit der nachfolgenden Mindestdeckungssumme je Versicherungsfall nachzuweisen. Die Deckungssumme dieser Versicherung muss mindestens betragen:

- Berufshaftpflichtversicherung für Architekten: **XX** Mio. €

- (2) Die Versicherung ist spätestens innerhalb von zwei Wochen nach Abschluss dieses Vertrages nachzuweisen sowie für die Dauer dieses Vertrages vorzuhalten.

§ 18 Geheimhaltungsklausel

Die Vertragsparteien verpflichten sich, über sämtliche Inhalte dieses Vertrages Stillschweigen zu wahren und Informationen und Auskünfte nur nach vorheriger Abstimmung und schriftlicher Zustimmung des Vertragspartners an Dritte weiterzugeben. Gesetzliche Veröffentlichungs- und Auskunftspflichten, insbesondere nach Vergabe- und Transparenzrecht, bleiben unberührt.

§ 19 Datenschutz

- (1) Die Parteien sind sich darüber einig, dass sie eventuell zur Verfügung gestellte personenbezogene Daten der jeweils anderen Partei im Falle der bestimmungsgemäßen Verarbeitung zur Erfüllung ihrer vertragsgemäßen Pflichten jeweils in der Rolle des Verantwortlichen verarbeiten.
- (2) Der Auftraggeber gibt dem Auftragnehmer alle relevanten, über die gesetzlichen Regelungen hinausgehenden Sachverhalte bekannt, deren Kenntnis für ihn aus Gründen des Datenschutzes und der Geheimhaltung erforderlich ist.
- (3) Vor Übergabe eines Datenträgers stellen die Parteien die Löschung schutzwürdiger Inhalte sicher, soweit nichts anderes vereinbart ist.
- (4) Der Auftragnehmer sorgt dafür, dass alle Personen, die von ihm mit der Bearbeitung oder Erfüllung des Vertrages betraut sind, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz beachten

§ 20 Schriftformerfordernis

- (5) Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen worden. Jede Änderung oder Ergänzung dieses Vertrages sowie die Aufhebung des Vertrages bedarf der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung oder Aufhebung des Schriftformerfordernisses selbst. Weitergehende oder zusätzliche gesetzliche Formvorschriften bleiben davon unberührt.
- (6) Soweit in diesem Vertrag für Erklärungen die Schriftform vorgeschrieben ist, wird dies durch die Übermittlung einer rechtsverbindlich unterzeichneten Erklärung per Telefax gewahrt. Elektronische Übermittlungsformen, insbesondere per E-Mail, genügen nicht zu Wahrung der Schriftform.

§ 21 Gerichtsstandvereinbarung

Der Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Detmold.

§ 23 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein oder sollte dieser Vertrag Lücken aufweisen, so soll hierdurch die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt werden. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, anstelle der unwirksamen Bestimmungen wirksame zu verwenden oder die Lücke zu ergänzen und zwar so, dass die neu zu vereinbarenden Vertragsbestimmungen dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung und des Vertrages im Übrigen möglichst nahe kommen.

Ort, den

Auftraggeber

Auftragnehmer

Anlagen:

- **Anlage 1:** Leistungsbeschreibung Generalplanung
- **Anlage 2:** Angebot des Auftragnehmers vom xx
- **Anlage 3:** Liste benannter Nachunternehmer